

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Ein Monat September 300 000 M., und Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 500 000 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 80000 M., die Restamezeile 200000 M., Wiederholung halbiert. Bei Bezahlung vorweg ist der Rabatt 10%.

Nr. 207.

Altensteig, Donnerstag den 6. September.

Jahrgang 1923

Steuern und Landwirtschaft.

Man schreibt uns:

zugesen ist, daß bei vielen landwirtschaftlichen Ber-
zungen der steuerliche Eingriff rigoros erscheint. Aber man
darf doch nicht außer acht lassen, daß der Beschluß der
Steuer in einer Zeit gefaßt wurde, wo die Preis-
entwicklung entsprechend einem Dollarkurs von 3 Mil-
lionen war, während sich inzwischen das Preisniveau
gehoben hat entsprechend einem Dollarkurs von 13 Mil-
lionen. Den Steuerzahlern fällt also die Abführung der
Steuern an die Reichskasse heute um ein Viertel leichter,
als zur Zeit des Inkrafttretens der Steuergesetze. Das
im besonderen die Landwirtschaft angeht, so ist bei ihr
nicht einmal die steuerliche Grenze erreicht worden, die
die Reichsregierung, die sich auf die große Koalition stützt,
für notwendig befunden hat, daß man nämlich vor einem
Eingriff in die Substanz nicht zurücktreten dürfte.
Dazu kommt, daß die Ernte, sowohl an Körnerfrüchten
wie an Futtermitteln so glänzend ist, daß die Nebenpro-
dukte in der landwirtschaftlichen Erzeugung (z. B. Eier
und Butter) eine derartige Höhe erreicht haben, daß es
der Landwirt in den allermeisten Fällen gar nicht nötig
hat, seinen Viehbestand anzugreifen oder neu gedrosche-
nes Korn in größerem Umfang als sonst zum Verkauf zu
stellen. Diese Tatsachen werden am besten dadurch be-
legt, daß es den Viehkaufleuten nur unter den größten
Schwierigkeiten möglich ist, auch nur einiges Material
auf die Schlachthöfe zu bringen. Gleichfalls ist auch von
einem stärkeren Angebot an Brotgetreide keine Rede.

Wenn die mangelhafte Beschaffung der Märkte durch die
Landwirtschaft nicht so in Erscheinung tritt, so liegt
das einfach daran, daß die Kaufkraft der Bevölkerung
in einem solchen Maße zurückgegangen ist, daß sich die
Fleisch- und Mehlkonsumption auf den Konsumenten noch
nicht auswirkt. Es kann also von einer Steuerentlastung
der Landwirtschaft gar keine Rede sein, im Gegenteil, die
Steuerbelastung ist noch keineswegs an der Grenze ange-
kommen, wo der Landwirt auch nur zu den geringsten
Substanzverlusten gezwungen ist, die vielleicht einen
Preisdruck auslösen könnten.

Die schnelle Steuerarbeit des Reichstages hat eine Ent-
lastung der Steuern unmöglich gemacht; es gibt
hier und da in der Landwirtschaft Betriebe, die die auf-
zubringenden Steuern nur unter Schwierigkeiten abfüh-
ren können. Hier besonders eingreifen, ist Sache des
Reichsfinanzministers.

Der Rhein- und Ruhrkampf.

Frankreich hat in der von seinen Delegierten beherrsch-
ten Rheinlandkommission durch die neueste Ver-
ordnung der in den Versailler Verträgen feierlich garan-
tierten deutschen Verwaltung des Rheinlandes
einen tödlichen Stoß versetzt. Nachdem durch
monatelange Abwehungen, Ausweisungen und Verhätun-
gen die deutsche Verwaltung desorganisiert worden ist, hat
die Rheinlandkommission sich jetzt zu dem Schritt ent-
schlossen, den zu tun sie bisher immer noch gezögert hatte;
sie hat sich das Recht zugesprochen, die erledigten Be-
amtenposten selbst durch ihre genehmigten Persönlichkeiten
zu besetzen, und sie hat sich damit die Basis für den Auf-
bau eines neuen Beamtenapparates von Fran-
reichs Gnaden geschaffen, der den bisherigen Duo-
alismus zwischen französischen und deutschen Verwaltungs-
organen beseitigen und das Rheinland vollkommen der
Ausbeutung durch eine volksfremde Verwaltung auslie-
fern würde. Es enthält sich damit, wie die „Frankf.
Pst.“ sagt, in dieser jüngsten Verordnung der Rhein-
landkommission von neuem diejenige französische Politik,
die jeden wirklichen deutsch-französischen Ausgleich von
vornherein ausschließt und die selbst in dem für Frank-
reich günstigsten Falle lediglich zu neuen Ultimaten und
neuen Diktaten führen könnten, den latenten deutsch-fran-
zösischen Konflikt aber verewigen würde.

Im Augenblick freilich scheint das offizielle Frank-
reich hypothetisch auf nichts anderes als auf die Einstel-
lung des passiven Widerstandes zu warten,
und man scheint in Paris anzunehmen, daß wenn nur
dieses erreicht sei, Frankreich alles gewonnen haben
werde. Man vergißt, daß Frankreich die Ruhe, die es
braucht, nur durch eine Regelung erzielen wird, mit der
das deutsche Volk sich innerlich abzufinden vermag, daß
hinter allen Diktaten das Gespenst eines

passiven Widerstandes — sei es auch nur der passive
Widerstand des Herzens der Rhein- und Ruhrbevölkerung
— auftaucht. In der „Rheinischen Zeitung“ fest ein Mit-
arbeiter den Fall, daß die rheinische Bevölkerung durch
die Entwicklung der Dinge gezwungen würde, die Regie-
rungen zu benutzen, und er bemerkt dazu: Eine
rheinische Bevölkerung, die mit der Faust in der Tasche
mit der Regiebahn fahren müßte, weil es anders nicht
ginge, wäre für Frankreich keine Eroberung und für die
deutsche Sache kein dauernder Verlust.“ Gedanken dieser
Art sind keineswegs auf die volksparteilichen Kreise be-
schränkt; sie sind heute Gemeingut aller deutschen Par-
teien des Rheinlandes. Auch die sozialdemokratische
„Rheinische Zeitung“ schreibt: „Wenn die Verordnung
nicht fällt, sobald eine Verständigung über den Ruhr-
konflikt erzielt ist, dann wissen wir nicht, wie jemals
wirklicher Frieden werden soll. Dann wird der Rhein
das blutende Bandmal der Völkervergewaltigung im
Sternen Carré bleiben.“

Eine Erinnerung zur Kanzlerrede.

Die oppositionelle Presse der Rechten hat an der letzten
Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann in Stuttgart
lebhaft Kritik geübt, da sie glaubte, der Reichskanzler habe
wichtige Positionen Deutschlands preisgegeben und einen
vollkommenen Umschwung der bisherigen Außenpolitik
Deutschlands eingeleitet. Dem Reichskanzler wurde der
Vorwurf gemacht, er habe sich allzu einseitig in dieser
Rede nach Frankreich hingewandt und so die Beziehungen
zu England verdorben. Von der Reichsregierung
wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß es gerade
England gewesen sei, das und wiederholt aufgefordert
habe, einen Weg der Verständigung mit Frankreich zu
suchen. Es wäre aber falsch, die Dinge so aufzufassen,
als gehe der Ruhrkonflikt nur Frankreich und Deutsch-
land an.

Der Ruhrkonflikt müsse, so betont man von jeher, der
Reichsregierung, als eine Angelegenheit aller Repara-
tionsgläubiger Deutschlands aufgefaßt werden. Aus die-
ser Auffassung heraus soll die Rede des Reichskanzlers
bald verstanden werden, daß die Grundrichtung
der deutschen Politik gegenüber den alliierten
Mächten die gleiche geblieben ist und daß es
nicht in der Absicht der Reichsregierung liegt, Paris
gegen London oder London gegen Paris anzuspitzen.

Gegenüber dem Vorwurf der Opposition, der Reichs-
kanzler habe das deutsche Privateigentum dem
Räuber Poincaré als Pfand angeboten, wird darauf
hingewiesen, daß ein solches Pfandangebot bereits in dem
Memorandum des Kabinetts Cuno vom Juni enthalten
war, nachdem es vorher mit Parteiführern und Vertre-
tern der Wirtschaft durchgesprochen war.

Die Reichsregierung ist daher auch in diesem Punkte
der Auffassung, daß die Rede des Reichskanzlers keine
Aenderung der bisherigen Politik bedeute,
daß sie vielmehr uns die Möglichkeiten zu einer inter-
nationalen Anleihe offen halte. Wenn dem Reichskanzler
weiter vorgeworfen wird, er habe in Stuttgart nicht
mehr von der Forderung Deutschlands auf Räumung
des Ruhrgebietes gesprochen, so weist man in Re-
gierungskreisen auch diesen Vorwurf zurück, da in der
Rede des Reichskanzlers ausdrücklich gesagt sei, es könne
keine Reparationen geben, wenn wir die Verfügung über
das Ruhrgebiet nicht zurückerhielten.

Weiter wird uns mitgeteilt, daß die Nachricht einer
sozialistischen Korrespondenz, die Reichsregierung habe in
der Frage des passiven Widerstandes bestimmte Schritte
bei Frankreich getan, nicht richtig ist. Die Reichsregie-
rung ist bemüht, angesichts der schweren finanziellen
Belastung mit einem Mindestmaß von Leistungen alles zu
tun, um den Franzosen nicht die Verfügung über das
Ruhrgebiet zufallen zu lassen.

Die deutschnationalen Mitglieder des Aus-
wärtigen Ausschusses des Reichstages haben die sofortige
Einsparung des Ausschusses beim Vorliegen
den, Abg. Müller-Franken, schriftlich beantragt.

Die in den deutschnationalen Betrachtungen zur Kan-
zlerrede aufgestellte Behauptung, daß der Kanzler in
Stuttgart so etwas wie einen Umschwung in der Haltung
Deutschlands vorbereitet habe, entbehrt jeder Grundlage,
insbesondere ist der Vorwurf, Dr. Stresemann habe sich
in seiner Rede allzu einseitig nach Paris gewandt, und so
die Gefahr einer Trübung des deutsch-englischen Verhält-

nisses herausbeschworen, absolut hinfällig. Der Kanzler
hat ganz im Gegenteil gar keinen Zweifel darüber ge-
lassen, daß er das Ruhrproblem als eine Angelegenheit
betrachtet wissen will, die sämtliche Alliierten angeht.
Dem widerspricht in keiner Weise das Bestreben der
Regierung, zunächst mit dem Hauptgläubiger, Frank-
reich, der neben seinem belgischen Vasallen als einziger
den Weg der Pfandnahme beschritten hat, ins Reine zu
kommen.

Der Kanzler an England.

London, 5. Sept. Dr. Stresemann erklärte in
einer Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter
des „Daily Express“, das Reparationsproblem könne
nur gelöst werden durch ein gemeinsames Ueberein-
kommen zwischen Deutschland und den alliierten Mäch-
ten. Aus diesem Grunde sei er der Ansicht, daß Eng-
lands Zurückziehung von Europa nicht zu
irgend einer Regelung führen würde. Er wolle kei-
neswegs Großbritannien politische Ratschläge erteilen,
denn er habe selbst mehr als genug eigene Sorgen.
Aber die Reparationen seien ein wirtschaftliches Pro-
blem, dessen Lösung nur möglich sei, wenn sie auf
den gemeinsamen Interessen der Nationen gegründet
werde. England wolle seinen Anteil an den Repara-
tionszahlungen und Deutschland sei willens, zu zah-
len. Solange jedoch das Ruhrgebiet besetzt sei, sei
Deutschland so gut wie unfähig, dies zu tun. Der
Kanzler erinnerte daran, daß die britische Arbeits-
losenunterstützung der Preis sei, der von England für
die wirtschaftlichen Wunden Deutschlands gezahlt werde.
Deutschland sei vor dem Kriege in Europa der beste
Kunde Englands gewesen und der größte Käufer der
Produkte der englischen Dominions außerhalb Groß-
britannien. Je eher die fremde militärische Besetzung
Deutschlands ende, umso glücklicher würde Deutschland
sein. Die Gesamtpolitik der Regierung zielt hin auf
die Wiederherstellung der deutschen Wirt-
schaft in dem im Widerspruch zum Versailler Ver-
trag besetzten Gebiet, und wenn Deutschland in der
Lage sei, auch die Besetzung des Rheinlandes zu ver-
hindern, so würde es sehr froh darüber sein. Aber, ein
wichtiges Aber: Die Besetzung des Rheinlandes gründe
sich auf den Versailler Vertrag, der Deutschland nicht
nur die Verpflichtung auferlegt, die alliierte Beset-
zung zu ertragen, sondern Deutschland auch das Recht
gebe, zu fordern, daß die Besetzung durch interalliierte
und nicht durch einzelne Mächte vorgenommen werde.

Die englische Presse zur Stuttgarter Kanzlerrede.

London, 5. Sept. Die „Morning Post“ schreibt zu
der Rede Stresemanns in Stuttgart, der deutsche Kan-
zler habe zwei Hauptaufgaben vor sich: die eine sei
die Reform der deutschen Finanzen und die
Beendigung des Antagonismus zwischen
Deutschland und Frankreich. Die Franzosen
täten alles, um die schwierige Aufgabe des deutschen
Kanzlers leichter zu gestalten. Die Entente müsse erst
wieder hergestellt werden, bevor sie bei einer Wieder-
herstellung der deutschen Finanzen helfen könnte, und
nach einer Wiederherstellung der Entente werde sich
der amerikanische Präsident Coolidge vielleicht ermu-
tigt fühlen, aus seiner Isolierung hervorzutreten.
Die „Times“ erklärt, sie erkenne vollkommen an, daß
Deutschland die Wahl hat zwischen dem Chaos des
Bürgerkriegs und der Schaffung einer angemessenen
Verbindung mit der Umwelt. Kein Staatsmann habe
so nachdrücklich wie Stresemann betont, daß Deutsch-
land unbedingt willens sei, Reparationen zu zahlen
und produktive Pfänder für diesen Zweck zu schaffen.
Die „Times“ ist der Ansicht, daß sehr ernste Hinder-
nisse noch weggeräumt werden müssen, bevor die Mög-
lichkeit einer Anleihe auch nur angenommen werden
könne. Aber Stresemanns Angebot sei hauptsächlich
an Frankreich gerichtet. Es sei erfolgt, wie vermutet
werden könne, mit dem Zweck, einige dieser politischen
Hindernisse zu beseitigen. Sein wirtschaftliches An-
gebot sei ein Versuch, die deutsche Unabhängigkeit
und die wirtschaftliche Souveränität der deutschen Regie-
rung über ihre eigenen Gebiete durch ein festes Ver-
sprechen, Reparationen zu zahlen, zu sichern. Das
von Stresemann gemachte Angebot zu ignorieren, be-
deute, das letzte Angebot zu verwerfen, das Deutsch-
land in einer einigermaßen vernünftigen Fassung ma-
chen könne. Dieses Angebot zu ergreifen und zu ent-
wickeln, würde eine direkte Ermütigung für das deutsche
Volk sein, eine Anstrengung zu machen für sein eige-
nes Land.



Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

Man muß das Erdbeben von Kijofu im 18. Jahrhundert und die Zerstörung von San Francisco und Mexiko zum Beginn des 20. Jahrhunderts heranziehen, um Vergleichsmöglichkeiten für das schwere Unglück zu haben, das gerade die volkreichste Gegend des japanischen Inselreiches heimgesucht hat. Japan ist ein an Vulkanen besonders reiches Land. Die bekannte Bauart der japanischen Häuser, die uns fast wie Stielebenen anmuten mit ihren Bambushähern und Saplervänden, ist nicht nur dem milden Klima, sondern auch der fortschreitenden Erdbebengefahr angepaßt: die Häuser sind elastisch und eine Zerstörung wirkt nicht so furchtbar wie bei steinernen Gebäuden; außerdem ist der Wiederaufbau billiger und rascher, während allerdings die Feuergefahr groß ist. So ist auch zusammen mit dem Erdbeben in Tokio und Yokohama eine Feuersbrunst ausgebrochen, die die Zerstörungen noch vollendete. Seit Japan technisch europäisiert ist und Eisenbahnen, ja sogar Untergrundbahnen nebst Hafenanlagen und steinernen Amtshäusern besitzt, ist der Schutz gegen Erdbebenwirkungen naturgemäß geringer geworden. Und so hat man denn auch, daß im weitesten Umkreis der Erdbebenzone sämtliche technischen Anlagen zerstört sind. Das Land hat heute, bei seiner hohen Bevölkerung und Bevölkerungsdichte, mehr zu verlieren als in seinem früheren Zustand.

Berlin, 5. Sept. Die Morgenblätter veröffentlichten ein Telegramm aus Osaka, wonach bei dem Erdbeben 3 Millionen Menschen umgekommen sind.

Berlin, 5. Sept. Nach einer Blättermeldung aus Tokio ist Prinzessin Kaga, die einem entfernten Zweig der kaiserlichen Familie angehört, bei den Toten von Tokio gefunden worden. Ferner wird der Tod des Prinzen Jomoshina gemeldet, der ebenfalls der kaiserlichen Familie angehört. Der Kaiser Jishihito, der bekanntlich seit dem Jahre 1921 durch den Prinzregenten Hiro Hito vertreten wird, ohne indessen abgedankt zu haben, ist in Kijofu bei Tokio unverletzt geblieben.

San Francisco, 5. Sept. In Yokohama und Tokio werden Totengottesdienste für die Verstorbenen auf den Ruinen der Stadt abgehalten. Die Straßen sind mit sterbenden Menschen angefüllt, die mit Entsetzen zusehen, wie besonders zusammengestellte Arbeitertrupps die Leichen in die Flammen werfen. Man betrachtet diese Feuerbestattung angefüllt der Hitze als einziges Mittel, um eine Verewegung der Leichen auf offener Straße zu verhindern, durch welche furchterliche Epidemien hervorgerufen werden können.

Weitere Nachrichten besagen:

Das Fremdenviertel von Tokio, sowie mehrere europäische Kolonien sind ebenfalls völlig zerstört. Unter den Toten sollen sich n. a. der englische und der amerikanische Generalkonsul befinden. Die Botschaftsgebäude Englands, Amerikas, Frankreichs und Italiens sind eingestürzt. Von den diplomatischen Vertretern selbst fehlt jede Nachricht; ebenso auch über das Schicksal der deutschen Botschaftsangehörigen.

In Atamo wurden 7000 Menschen getötet. Die Städte Otowa und Kamakino, die an der Küste liegen, sind von Grund aus zerstört. In Yokutoko, Yokamatsuo und auch in Amarako steht kein Haus mehr aufrecht. Inbald weitere Städte in einem Umkreis von etwa 300 Kilometer, darunter das 170 000 Einwohner zählende Nagoya, sollen der völligen Zerstörung anheimgefallen sein. Mehrere Inseln sind vom Meer verschlungen worden.

Eine Inselgruppe vom Meer verschlungen.

Paris, 5. Sept. Nach einem Telegramm aus Peking ist die Gruppe der Bonin-Inseln, 800 Kilometer vor Japan gelegen, die ungefähr 20 Inseln und Inselchen umfaßt und von 50 000 Menschen bewohnt war, vollkommen im Meere verschwunden.

Heimgelunden.

Novelle von Maria Harling.

(14)

(Nachdruck verboten.)

Diesen Brief seiner angebeteten Diefel, hat Heinz vor einer Stunde bekommen. Nun sitzt er immer noch auf demselben Platz, den Kopf in die Hand gestützt, die brennenden Augen starr auf das kleine Stückchen Papier gerichtet, das vor ihm liegt. Er kann es nicht lassen, daß Diefel, seine Diefel, nun die Frau seines Bruders ist. Kein Gedanke ist ihm gekommen, daß das schöne Mädchen ihm jemals untreu werden könne.

„Du zu il... Rechenschaft fordern von ihr!“ ist sein erster Gedanke, als er wieder klar zu denken vermag. Gleich läßt er auch diesem Gedanken die Tat folgen.

Schon am Abend ist er auf dem Haidhof, er fordert Rechenschaft von seinem Bruder für solch infamen Betrug.

Eine Weile hat ihm der Bruder mit dem Spottlächeln angehört, dann aber tritt er auf ihn zu und ihn umfängt an den Schultern fassend erwidert er auf seine Bittworte in scharfem Ton: „Nähige Dich Diefelchen, ich bin nicht gewillt, mir Deine Anschuldigungen ruhig gefallen zu lassen. Daß Du Diefel gerne für Dich beanspruchst, möchte ich, habe ich durch Hermann erfahren. Wie er davon wußte, ist mir unbekannt, leider aber sagte er es mir erst, als es bereits zu spät war. Hätte ich auch meine Absichten auf Diefel deshalb nicht fahren gelassen, so hätte ich doch als anständiger Mensch und zumal als Dein Bruder Dir Mitteilung von meinem Vorhaben gemacht. Von Diefel aber kannst Du denn nun doch nicht verlangen, daß sie ihre Zukunft Deinen Hirngespinnken opfert. Mache es doch wie Hermann; der ist längst in Amt und Würden, Du aber läufst noch immer als Student herum.“

Zwei neue Erdstöße.

Paris, 5. Sept. Am Dienstag wurden in Tokio zwei neue Erdstöße verspürt, wodurch die paar Häuser, die noch standen, ebenfalls zusammengebrochen sind und wodurch neue Menschenleben vernichtet wurden.

Über 500 Ausländer umgekommen.

Berlin, 5. Sept. Blättermeldungen zufolge sind 500 Ausländer im Bezirk Yokohama und in Osaka getötet worden. Der Klub und ein französisches Waisenhaus mit 60 Schwestern und 160 Kindern wurde bis auf die Grundmauern zerstört und alle Insassen getötet. Kaum ein einziges Mitglied der Konsulatsabte in der Nachbarschaft ist am Leben geblieben. Auch der gesamte Stad der Heilsarmee in Tokio, über 20 britische Offiziere und ihre Familien sind umgekommen. 120 englische Firmen, die in Japan ansässig waren oder dort Niederlassungen unterhielten, sind schwer geschädigt. Bis zur Stunde liegen in Berlin noch keine direkten Nachrichten über das Schicksal des deutschen Botschafters Dr. Soli mit seinen Angehörigen und den übrigen Mitgliedern der Botschaft in Tokio vor. Die Drahtverbindung mit Tokio selbst ist vollkommen unterbrochen.

Der italienisch-griechische Konflikt im Völkerbund.

Genf, 5. Sept. Der Völkerbundrat hielt eine sehr interessante Sitzung ab, in der der italienisch-griechische Konflikt zur Sprache kam und in deren Verlauf der griechische Delegierte Politis nach einer Auseinandersetzung mit dem italienischen Delegierten Salandra im Namen seiner Regierung neue Vorschläge unterbreitete. Diese lauten: Die griechische Regierung bittet den Rat, eine oder mehrere neutrale Personlichkeiten zu ernennen, welche an der von Griechenland bereits eingeleiteten Untersuchung über die Vordangelegenheit teilnehmen und sie überwachen und auch einen eventuellen Prozeß gegen die Schuldigen kontrollieren und ferner sich an der von Griechenland vorgeschlagenen Kommission zur Aufdeckung näherer Begleitumstände des Verbrechens beteiligen. Weiter schlägt die griechische Regierung vor, daß der Rat eine Kommission aus drei hohen Beamten ernennen möge, bestehend aus einem Griechen, einem Italiener und einem Neutralen, welche die Entschädigung festsetzen soll, die Griechenland an die Familien der italienischen Opfer zu richten hat. Diese Kommission soll baldmöglichst und zwar am praktischsten in Genf zusammentreten. Die griechische Regierung erklärt sich bereit, als Garantie für die zur Auszahlung gelangende Entschädigungssumme bei einer Schweizer Bank ein Depot von 50 Millionen italienischen Lire zu hinterlegen. Auf Wunsch des italienischen Delegierten Salandra trat der Rat nicht mehr in eine Diskussion dieser Vorschläge ein, sondern verschob dieselbe auf morgen.

Der Kampf des Völkerbundes um eine gütliche Beilegung des italienisch-griechischen Konfliktes und letzten Endes um seine Erziehung selbst wogt hin und her. Am Mittwoch vormittag fand die große öffentliche Sitzung des Rates statt, in der er zu der Frage Stellung nehmen wollte. Aber etwas definitives kam noch nicht zu Stande, nur eine äußerst ernste Aussprache zwischen dem italienischen Delegierten Salandra und dem griechischen Delegierten Politis und schließlich eine Vertagung der Aussprache auf später. Nach den Darlegungen Salandras beharrt Italien auf seinem unversöhnlichen Standpunkte und alles, was er zu dessen Begründung herbeifolte, hing darin aus, daß nicht der Völkerbundrat, sondern die Botschafterkonferenz

zurändig sei. Nicht Italien sei der Aggressor, sondern es sei angegriffen und es könne daher eine Einmischung des Völkerbundes in dieser Frage nicht anerkennen. Der griechische Delegierte wies darauf hin, daß mit der Besitzergreifung Korfu die Lage eine andere Wendung genommen habe, da nämlich ein Mitglied des Völkerbundes das Gebiet eines anderen überfallen habe und deshalb gehöre die Frage von der Botschafterkonferenz zum Völkerbunde. Der Rat müsse nun von sich aus entscheiden, ob er sich für zuständig erkläre oder nicht. Da ihn Griechenland um seine Intervention direkt ersucht habe, sei im Falle einer Verneinung sein Schicksal so gut wie besiegelt. Der Präsident Fijhi beantragte Vertagung der Aussprache über diese Frage, womit sich Lord Robert Cecil wohl einverstanden erklärte, aber nachdrücklich den Wunsch äußerte, daß die Vertagung nur bis morgen sei. Aus den kurzen Worten Cecils, mit denen er diesen Antrag begleitete, ging hervor, daß die englische Delegation an ihrem Standpunkt festhalten scheint, daß der Konflikt vor den Völkerbundrat gehöre und durch ihn auf gütlichem Wege geregelt werden müsse. Ob dies gelingt, ist zwar eine andere Frage, denn die Beschlüsse des Völkerbundesrates müssen einstimmig gefaßt werden und bei der Haltung der französischen Regierung, die bis jetzt die Unversöhnlichkeit und Hartnäckigkeit Mussolinis unterstützte, ist es fraglich, ob der französische Delegierte im Rat anders lautende Instruktionen erhalten wird. Griechenland bleibt dann noch der Appell an die Versammlung des Völkerbundes übrig.

Neues vom Tage.

Kritische Lage im Zeitungsgewerbe.

Berlin, 5. Sept. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger teilt mit, die endgültige Entscheidung über die Zahlungsweise des neuen Druckpapierpreises für September wird von maßgebender Stelle erst am Mittwoch getroffen werden. Diese Verzögerung ist für das Zeitungsgewerbe außerordentlich bedauerlich und kann verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen.

Die Rheinlandkommission annuliert das Goldanleihegesetz.

Berlin, 5. Sept. Die Rheinlandkommission hat eine Verfügung erlassen, in der sie die Annulierung des Goldanleihegesetzes ausspricht.

Die Bedrängnis der Ausgewiesenen.

Mannheim, 5. Sept. Ueber die Ausweisungen aus der Pfalz wird in Ergänzung der Nachrichten aus den letzten Tagen mitgeteilt, daß bis zum 25. August 1923 die Gesamtzahl der ausgewiesenen pfälzischen Eisenbahner 3902 mit 9802 Familienangehörigen betrug. Aus einer ganzen Anzahl von Orten wurden systematisch te Eisenbahner ausgewiesen, darunter viele, die eine kleine Landwirtschaft betrieben. Diese mußten die Erzeugnisse, Geflügel und Vieh zurücklassen, wie denn überhaupt den Ausgewiesenen schon seit längerer Zeit nur die Mitnahme der notwendigen Wäsche und Kleidung gestattet wird, alles andere müssen die bedauernswerten Leute aufgeben. Der französische Staat dabei keinerlei Rücksicht: Säuglinge und Greise, Schwache und Kranke werden erbarmungslos vertrieben. So mußte vor einigen Tagen eine ausgewiesene Frau im Gipsverband mit Sanitätsauto ins unbefegte Gebiet gebracht werden. Bei der großen Zahl der Ausgewiesenen begegnet deren Unterbringung schon erheblichen Schwierigkeiten, obwohl sie naturgemäß nach Möglichkeit in Baden, Württemberg und im rechtsrheinischen Bayern verteilt werden. Da die Leute keine Möbel mehr mitnehmen dürfen, kommen für sie möblierte Zimmer möglichst mit Kochgelegenheit in Betracht. Jeder, der verfügbare Räume hat, sollte hier tatkräftig beifpringen, nicht bloß aus Mitleidgefühl, sondern auch aus Anerkennung für die handhafte Haltung der Ausgewiesenen und zur Stärkung

„Weil ich das trodene Stadium hasse, Frey! Frey! Ihr wißt nicht, was ihr an mir sündigt, indem ihr mich in einen Lebensberuf zwingt, der mir zuwider ist. Warum aber soll ich mich jetzt noch länger herumplagen, nun mir durch den Verlust Diefels die ganze Lebensfreude getötet ist?“

Dant aufschreckend wirft er sich auf einen Stuhl und birgt das Gesicht in den Händen.

Mit hartem Griff legt Frey die Hand auf seine Schulter.

„Sei doch keine Renne, Heinz, und heule nicht wie ein Kind, dem man die Puppe fortgenommen. Erringe Dir erst mal eine ordentliche Stellung und dann denke daran, Dir eine Familie zu gründen.“

Heinz hat eine scharfe Entgegnung auf der Zunge, doch im selben Augenblick tritt Tante Franzé ins Zimmer, um den Tisch zum Abendbrot zu decken.

„Ach sich da, unser Herr Student läßt sich auch mal wieder auf dem Haidhof sehen. Na, bei dem Scheitern auch kein gutes Wetter zu sein.“ „Ist wohl Schulden gemacht und schreit nun den gest... Vater?“

Heinz richtet sich auf. Nein, er will keine Renne sein, Frey hat recht, lange genug hat er sich am Gängelbande fahren lassen.

„Deute hat Deine Zungenfertigkeit einmal nicht das Rechte getroffen, Tante Franzé!“ höhnt er, „ich bin nur hergekommen, um euch allen zu erklären, daß ich die ganze Studiererei satt habe, satt bis dorthinaus, und daß ich mich fortan den Kluck und eure Wünsche scheren werde.“

„Sochte, sochte! mein Söhnchen! Vater Hollkamp hat ein gutes Mittelchen, solch rabiate Jungens zum Gehorsam zu bringen!“ erwidert Tante Franzé in gleichem höhntischen Ton. „Wenn er seinen Geldbeutel zumacht, wirst Du schon zu Kreuze kriechen.“

„So, meinst Du? Ich kann auch ohne Hollkampsches Geld durch die Welt kommen.“

„Gewiß, ein Junge wie Du kann alles, wenn auch bloß mit dem Munde!“ erwidert Tante Franzé giftig.

„Kinder seid friedlich!“ mahnt Frey, „das Ranken fñhet zu nichts. Willst Du schon fort, Heinz? Willst Du nicht auf Vater warten?“

„Ich will zum Schulhaus. Vielleicht komme ich wieder, wenn nicht, so bestelle dem Vater einen Gruß.“

„Sei nicht unartig, Heinz, wo willst Du denn in der Nacht noch hin?“

„Zurück auf meine Bude, dort bin ich wenigstens allein. Erst aber will ich von Diefel Rechenschaft fordern.“

Er stürmt hinaus, ohne auf den Jurat seines Bruders zu achten.

Kurz vor dem Dorfe trifft er Diefel, sie hat wohl auf den Liebsten gewartet, und war sehr erschrocken, als Heinz so plötzlich vor ihr steht. Erblassend streckt sie die Hände wie zur Abwehr vor sich.

„Was willst Du hier, Heinz? Was hast Du auf dem Haidhofe gemacht?“

Heinz lacht auf, heifet, wie das Lachen eines Wahnsinnigen klingt es.

„Hast wohl Angst, ich werde Dich um den Haidhof bringen? Sei ohne Sorgen, Du sollst den Haidhofbesen haben. Eines aber sage ich Dir und das mag Dein Gewissen beschwören, so lange Du lebst: Was aus mir wird, Du hast es aus mir gemacht. Vielleicht wäre ein brauchbarer Mensch aus mir geworden, hättest Du ordentlich zu mir gehalten, jetzt mag ich untergehen im Strudel des Lebens, keinen Menschen wird es kümmern.“

Diefel ist erschrocken über Heinzens Worte, aber seine Leidenblässe, über die tiefe Bitterkeit, die aus seiner Stimme spricht. In ihrer leichtfertigen Art hat sie gar nicht geglaubt, daß Heinz das Verhältnis zu ihr so ernst und tief auffassen könnte. Wie beruhigend legt sie die Hand auf seinen Arm, er aber schüttelt sie woff Jort ab.

(Fortsetzung folgt.)

der Stimmung der Zurückgebliebenen. Bei jeder Wechseldirektion ist für die Versorgung der Ausgewiesenen eine Fürsorgestelle eingerichtet, von der Angebote wegen Ueberlassung von Räumen zweifellos mit Zuzug kommen.

Schlusssatz der Eisenbahntarife.

Berlin, 5. Sept. Die Schlusssatz der Eisenbahntarife wird am 11. September für den Personenverkehr auf 1,5 Millionen, für den Güterverkehr auf 4,5 Millionen erhöht.

Die neuen Beamtengehälter.

Berlin, 5. Sept. Nach einer vorläufigen Vereinbarung sind die Beamtengehälter für September um 18,5 Prozent gegenüber der zweiten Augusthälfte erhöht worden.

Unterhändler in Berlin?

Berlin, 5. Sept. Vertreter der Ruhe- und Arbeitsgemeinschaften sind gestern in Berlin eingetroffen, nachdem ihre Ausreise von der Besatzungsbehörde genehmigt worden war. Wie zuverlässig verhandelt, gelten ihre Verhandlungen in Berlin der Anpassung des passiven Widerstandes an eine weitgehende Fluktuation, wie sie vom Reichskommissar verkündet worden ist.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 6. September 1924.

Eine Warnung. Wir werden um Aufnahme folgender Zilen gebeten: Das jüdische Ressentiment gegen die deutsche Staats- und Privatwirtschaft nimmt Formen an, die man als Einseitigungsverwundenes anspitzen möchte. Das neueste Verfahren ist dies: Da und dort tauchen gewisse Juden auf und bieten Waren an, wie Anzüge, Fahrräder, Möbel, Schuhe usw. J. B. kostet da ein Anzug ganze 100 (Einheiten) Reichsmark, zahlbar am 1. Dezember 1924. Dagegen wird ein Kaufvertrag gemacht und dem Käufer die Ware übergeben. — Das ist doch nobel? Oder vielleicht nicht, was man sich doch keinen Anzug mehr kaufen kann, außer man zahlt 2 Millionen Mark? Nun ist das Markwürdige bei diesen Käufen aber der Umstand, daß solche Verträge nur mit Kunden abgeschlossen werden, die aber eigenen Grund- und Bodenbesitz verfügen. Solche Geschäfte sind Selbsterbitten, bei denen man wirklich etwas von Juden lernen kann. Erstens einmal sieht man darauf, wie sich der Jude seit dem Erscheinen Dillingerding an seine Wirtschaftsgüter glaubt. Dann glaubt er eine Entwicklung des Geldwesens voraussehen zu können, die ihm im Jahre 1924 einhundert Reichsmark für wertvoller erscheinen lassen als 100 Millionen augenblicklicher Reichsmark. Oder sollte es nicht am Ende gar die Meinung haben, daß der Käufer am 1. Dezember 1924 nicht in der Lage sein wird, die 100 Reichsmark zu zahlen und daß dafür der Kaufvertrag als entsprechende Öppotiel auf Grund und Boden laßt? Wenn man die Eier nach Sachwerten beobachtet, dann ist die letztere Vermutung sehr wohl berechtigt. Ferner läßt es ausgemacht sein, daß solche langfristige Kaufverträge bis zum Fälligkeitstermin im Schreibtisch liegen bleiben. Nicht mehr wird bald zu beobachten sein, daß sie gewissermaßen als Judaxerapapier gebraucht werden, die einer Spekulation dienlich gemacht werden. In der Kunst, Verträge abzuschließen, ist der Jude schon stets Meister gewesen. Er versteht es glänzend, sich unantastbare, durch „bewußtes“ Recht geschützte Reichsmittel zu sichern. Damit gelingt es ihm immer wieder, deutsche Sempel zu fangen. Man kann nicht genug vor der neuen Finanztauselei warnen!

Renauvage des Reichsrechnungsbuches. Der Preis für die anfangs Oktober erscheinende Winterausgabe 1923/24 des Reichsrechnungsbuches berechnet sich aus der Grundzahl 10, die mit der jeweils gültigen Schlüsselsatz des Börsenvereins deutscher Buchhändler zu verbleibenden ist, zurzeit also 20 Millionen M.

Veränderungen in der Invalidenversicherung. Durch zwei Verfügungen des Reichsarbeitsministeriums sind die Beiträge in der Invalidenversicherung neuerdings erhöht und unter Sperrung aller bisherigen Lohnklassen und Beiträge mit Wirkung vom 3. September 1923 in Kraft gesetzt worden. Lohnklasse 36 (an Stelle der bisherigen Lohnklassen 1-35) bei einem Jahresarbeitsverdienst bis einschließlich 432-720 Millionen M mit einem Wochenbeitrag von 200 000 M. Lohnklasse 38 bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 720-1080 M mit einem Wochenbeitrag von 220 000 M. Lohnklasse 39 bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1080-1440 M mit einem Wochenbeitrag von 240 000 M. Lohnklasse 40 bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1440 M mit einem Wochenbeitrag von 260 000 M. Für Personen unter 18 Jahre und Befehlige, sofern ihr monatlicher Arbeitsverdienst den Betrag von 4 320 000 (einschlüssig) 996 923 M nicht übersteigt, beträgt der Wochenbeitrag 17 000 M. (bisher Lohnklasse 24) und für Hausgehilfen, die überwiegend im Haushalt tätig sind und deren monatlicher Arbeitsverdienst den Betrag von 8 100 000 M nicht übersteigt, ist ein Wochenbeitrag von 37 000 M. (bisherige Lohnklasse 29) zu entrichten. Arbeitgeber, welche für die bei ihnen beschäftigten Versicherten keine oder zu geringe Beiträge entrichten, legen sich nicht nur hoher Geldstrafe, sondern auch der Racherhebung der geschuldeten Beiträge in dreifachem Betrag aus.

Selbsttätige Feuerversicherung. Für den abgelaufenen Monat August wird als einfache Richtzahl das 212 000fache des Friedensversicherungsanschlages festgesetzt. Das 800 000- bis 900 000fache des Friedensanschlages entspricht im August im Monatsdurchschnitt etwa den erforderlichen Bandhöhen.

Wie es draußen aussieht. Dank der warmen und vorherrschend trockenen Witterung war anfangs September das rasch gereifte Getreide fast überall bereits geerntet; nur ein kleiner Teil von Sommergerste und

Daber steht noch auf dem Felde, wird aber auch demnächst eingeerntet sein. Ueber den Ertrag in Getreide ist, da bis jetzt nur vereinzelte Dreschergebnisse vorliegen, ein sicheres Urteil noch nicht möglich; jedenfalls aber darf mit einem wesentlich besseren Ertrag als im Vorjahr gerechnet werden. Für die Entwicklung der Futterfrüchte war die langandauernde Trockenheit wenig günstig. Die Futterfrüchte liefern einen nicht befriedigenden Ertrag, da die Knollen vielfach klein geblieben sind. Den Spätfrüchten sind die von Mitte August ab erfolgten häufigeren Niederschläge zu nützen gekommen; die Niederschläge waren aber für das ausgetrocknete Erdreich nicht reichlich genug. Die Getreidernte und der zweite Kleckschnitt sind in der Hauptsache unter Dach; sie erbrachten wegen der Trockenheit hinsichtlich der Menge vielerorts keinen befriedigenden Ertrag, während die Qualität sehr gut ausgefallen ist. Trockene Weizen haben nicht selten ganz geringen Ertrag gegeben, da die Weizenkörner fast wie ausgebrannt sind. Der Hopfen gibt heute nur einen schwachen Ertrag. Die Obstausbeuten haben sich nicht gebessert, in Weizen sogar ein wenig verschlechtert, da wegen der Trockenheit die Früchte klein bleiben und teilweise auch stark abfallen. Dagegen ist durch die warme und trockene Witterung die gute Welterentwicklung der Weinberge weiter befördert worden. Infolge der Trockenheit des Bodens wird die Herbstbestellung der Felder erschwert; auch zeigt sich nicht selten wieder hartes Auftreten der Feldmäuse, die namentlich an den jungen Klecksäten Schaden anrichten.

Zeitsche Mädchen reißt nicht in die französische Schweiz! Von maßgebender Seite wird dem Deutschen Auslands-Institut mitgeteilt, daß deutsche Mädchen in der Schweiz, besonders in dem französischen Teil, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ganz abgesehen davon, daß die Aufenthaltserlaubnis sehr schwer erteilt wird, sind auch die Gehälter trotz der verlockenden Schweizer Franken durchaus nicht genügend. Häufig kamen Mädchen, die erkrankten oder ihre Stellung verloren, in großes Elend und mußten schließlich auf Staatskosten heimgeführt werden. In der französischen Schweiz werden Mädchen oft in rassistischer Weise ausgenutzt und beschimpft. Selbst die Erlernung der französischen Sprache, die ohne Vorkenntnisse schwer zu erreichen ist, wiegt die großen Nachteile, denen sich die Mädchen aussetzen, nicht auf.

Stuttgart, 5. Sept. (Ernennung.) Professor Labich an der Akademie der bildenden Künste wurde für die Studienjahre 1923/24 zum Direktor ernannt.

Industrietarif. Von Arbeitgeberseite ist der folgende Schiedspruch des Schlichtungsausschusses angenommen worden: Die tariflichen Gehaltsätze des Juli werden um 2,90 Prozent erhöht, wovon die am 10., 18., 27. und 31. August vorausbezahlten Beträge abgezogen werden. Als Beibratungszulage wurden sechs Millionen vereinbart. Von den Arbeitgebern ist die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt.

Neue Brotpreise. Ab Donnerstag kostet das Reg. marktfreie Schwarzbrot 900 000 Mark, Weißbrot 1 100 000 M., 1 Brötchen 50 000 M.

Großmarkt, 5. Sept. (Teures Obst.) Beim Verkauf des Gemeindefrüchtes wurden von 147 Partnern 2 585 000 000 Mark erzielt. Der Rentner kommt auf 17,6 Millionen.

Gmünd, 5. Sept. (Neue Löhne in der Goldwarenindustrie.) Durch Spruch des Schlichtungsausschusses in Stuttgart wurde als Stundenlohn für die letzte Woche 720 000 M. bestimmt. Wie man hört, wurde dieser Ertrag von der Arbeitnehmerschaft angenommen.

Neufra, 5. Sept. (Das Eisenbahnunglück.) Drei von den bei dem Eisenbahnunglück zerstörten Wagen enthielten eine große Butterföndung von Dänemark nach der Schweiz. Der Begleiter dieser Ware, ein Mann aus Basel, trug ebenfalls leichtere Verletzungen davon. Die Butterföndung und andere Waren lagen zerstreut auf den Gleisen und am Bahndamm umher. Zur Zeit des Unglücks herrschte dichter Nebel, der es dem Lokomotivführer des einfahrenden Zuges erschwerte, das Rangierren an der Station und das auf „Halt“ stehende Zeichen zu sehen.

Rottenburg, 5. Sept. (Kandidaten.) Um die Stadtvorstandsstelle sind folgende Bewerbungen eingegangen: Gerichtsassessor Dr. jur. Wedle, bisher hies. Amtsrichter hier, derzeit in Stuttgart; Rechtsanwalt A. Rheinweiler hier; Rechtsanwalt Stopper (Rottenburg-Rottenburg); Gerichtsassessor Schneider, zurzeit hies. Amtmann in Nagold.

Vinsenhofen, 5. Sept. (Wahl.) Bei der Wahl eines Ortsvorsitzers erhielt Karl Mayer, Verwaltungspolitiker in Stuttgart, 296 Stimmen. Sein Gegenkandidat Aumeter hat 53 Stimmen auf sich vereinigt.

Elwangen, 5. Sept. (Butterdiebstahl.) In der Molkerei in Reuler wurde eingebrochen und über 1 Zentner Butter, der anderntags zur Ablieferung kommen sollte, gestohlen.

Tettung, 5. Sept. (Arzneimittelschmuggel.) Das Schöffengericht Tettung beschäftigte sich mit einem umfangreichen Arzneimittelschmuggel. Die drei Brüder Apotheker Helmut Schuberth aus Mollis (Schweiz), der Drogist Werner Schuberth aus Halle a. d. S. und der Kaufmann Otto Schuberth aus Dresden waren des Schmuggels mit Fertigfabrikaten sowie Rohmaterialien zu Abfuhr- und Entgiftungsabfällen angeklagt. Außerdem hatte Helmut Schuberth Maschinen und Apparate, sowie nicht weniger als zehn Zentner Resorptionsmittel (Veichintabletten) bezogen. Teilweise waren Ausfuhrscheine beigebracht, in der Hauptsache aber wurden die Sachen als Koffer ohne Wert oder beim Grenzübertritt, teilweise auch durch einen in Vorrath wohnenden Arbeiter in die Schweiz gebracht. Das Urteil lautete gegen Helmut Schuberth auf 4 Monate Gefängnis, 9 Milliarden und 20 Millionen Mark Geldstrafe,

gegen Werner Schuberth auf 3 Monate Gefängnis, 3 Milliarden und 20 Millionen Mark Geldstrafe und gegen Otto Schuberth auf 6 Milliarden und 100 Millionen Mark Geldstrafe. Zusammen wurden also an Geldstrafen verhängt: 18 Milliarden 140 Millionen Mark.

Die Beamtengehälter.

Von zupandiger Seite wird mitgeteilt: Verschiedenartig. Zeitungen haben in der letzten Zeit kritische Betrachtungen über die Beamtengehälter gebracht, in denen die vierteljährlichen Vorauszahlungen, vielfach auch die Höhe der Beamtengehälter überhaupt, angegriffen wurden.

Dah die Vorauszahlung der Beamtengehälter für einen so langen Zeitraum unter den derzeitigen Verhältnissen nicht mehr durchgeführt werden kann, bedarf keiner weiteren Begründung, und die Reichsregierung wird jedenfalls nicht zögern, die erforderlichen Maßnahmen zur vorübergehenden Beseitigung der vierteljährlichen Vorauszahlung alsbald zu ergreifen. Diese Eingriffe in die Beamtenrechte sind für die Beamten hart, da durch die vierteljährliche Vorauszahlung die Unzulänglichkeit der Gehälter einigermaßen ausgeglichen werden konnte. Die Beamtenarbeit wird sich aber der Erkenntnis nicht verschließen, daß sie in der gegenwärtigen Krise der ganzen deutschen Wirtschaft auch ihrerseits Opfer bringen muß.

Auf der anderen Seite können die Presseäußerungen nicht unwillkürlich bleiben, daß die Beamtengehälter so hoch seien. In weitesten Kreisen des Volkes dürfte es nicht unbekannt sein, daß die Beamtengehälter in ihren gegenwärtigen Gehältern nur einen kleinen Bruchteil ihres Friedens Einkommens beziehen, während die Verkäufer der Gegenstände des täglichen Bedarfs, in der Landwirtschaft sowohl wie in gewerblichen Kreisen und des Handels fast überall dazu übergegangen sind, ihre Preise nach dem jeweiligen Stand des Dollars festzusetzen. Den Goldpreisen stehen aber keine Goldgehälter gegenüber. Die letzten Erhöhungen der Beamtengehälter wurden nicht nach dem Dollarkurs, sondern nach dem erheblich niedrigeren Reichsmark für die Lebenshaltung errechnet und hinkten jedesmal hinter der rasch fortschreitenden Teuerung nach.

Buntes Allerlei.

Eine gute Erwerbssache. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, welche enormen Einnahmen heutzutage die Gewohnheitsbettler erzielen, die von der Gebantenlosigkeit und falsch aufgestellten Mühsamkeit vieler Leute leben. So wurde letzter Tage auf dem Marienplatz in München ein alter Gewohnheitsbettler aufgegriffen, der 102 Millionen M. im Besitz hatte, die ihm beim Betteln vorher zugeflossen waren.

Ein unterirdisches Hotel. Aus Mailand wird geschrieben: Wohl infolge der übermäßig drückenden Hitze dieses Sommers ist ein sinniger Unternehmer auf den Gedanken verfallen, ein durch Kellerräume ausgezeichnetes „Tageshotel“ errichten zu lassen. Längs der Via Selvia Felice, nächst der Galleria Vittorio Emanuele, wird gegenwärtig die Straße in vier Meter Tiefe aufgewühlt. Hier soll das erste Mailänder „Albergo Turno“ entstehen. Diese Anlage soll, was Größe und Bequemlichkeit betrifft, jede ähnliche in Italien übertreffen.

Lloyd Georges Amerikasfahrt. Ende September wird Lloyd George eine sechswochtige Tour durch die Vereinigten Staaten, insbesondere durch Kanada, unternehmen. Es handelt sich nicht um eine Vortragsreise, sondern um eine Fahrt, auf der der Exminister Erfahrungen und Kenntnisse über die Dominion und die Staaten sammeln will. Neben wird er nur in sehr beschränktem Maße halten. Es gibt keine Behörde, keine Kirchengemeinde, keinen Minister, ganz zu schweigen von den zahllosen Klubs drüben, die nicht mit der Bitte an ihn herantreten, eine Rede zu halten und ihn mit Einladungen überhäuft haben. Seine Begleitung wird aus seiner Frau, Tochter und seinem Sekretär bestehen.

Der Professor auf allen Sieren. Auf dem Kabelwege erreicht Europa die erschütternde Nachricht, daß ein Professor der Literatur an der Universität Omaha im Staats Nebraska — House heißt der Mann — seinen Entschluß bekanntgegeben hat, im nächsten Juni eine Reise von 160 Kilometer zu unternehmen, die er auf allen Sieren auszuführen gedenkt. Seinen Lebensunterhalt will er sich unterwegs selbst erwerben, indem er alles ißt, was er fangen und fochen kann, auch Hunde und Mäuse, wenn sie ihm zu nahe kommen. Sein Zweck, den er sich für das ungewöhnliche Unternehmen gesetzt hat, besteht darin, „einmal zu zeigen, daß es gemacht werden kann.“

Die amerikanischen Pfadfinder gegen die Detektivromane. Die amerikanischen Pfadfinder haben den Betrag von 100 000 Dollar für Prämien zur Verfügung gestellt, die amerikanischen Schriftstellern zuerkannt werden sollen, welche von der üblichen Greuel- und Verbrechensliteratur sich gänzlich abhebende Bücher verfassen. Die Pfadfinder wenden sich insbesondere gegen die unter der Bezeichnung „Detektivroman“ erscheinenden Bücher, die in den Vereinigten Staaten eine ungeheure Verbreitung haben und die nach der Ansicht der Pfadfinder nicht ohne Gefahr sind für die Ansehbarkeit der abenteuerlich veranlaßten jungen Leute.

Deutsche Schäferhunde nach Amerika. Die deutschen Schäferhunde haben im Krieg infolge ihrer ausgezeichneten Leistungen als Sanitäts- und Kriegshunde Bekanntschaft erlangt. Sie erfreuen sich besonders bei den Amerikanern wachsender Beliebtheit und werden daher in großer Anzahl sowohl von Händlern als auch von Amerikanern, die in ihre Heimat zurückkehren, nach Amerika gebracht. So brachte allein der United States Lines Dampfer „Präsident Arthur“ von Bremen nach New York bei seiner letzten Ankunft 30 deutsche Schäferhunde mit. Ein weiterer Anreiz zum Export dieser Tiere liegt darin, daß die Preise für dieselben in Deutschland bedeutend billiger sind als in Amerika.

Handel und Verkehr.

Dollar Berlin 19950 000 G., 20 050 500 Br.

Frankfurt 21 446 250 G., 21 553 750 Br.

Amstliche Berliner Devisenkurse vom Mittwoch.

Amsterdam 7 780 500 G., 7 819 500 Br.
 Brüssel 917 700 G., 922 300 Br.
 Christiania 3 192 000 G., 3 208 000 Br.
 Kopenhagen 3 591 000 G., 3 609 000 Br.
 Schweden 5 286 750 G., 5 313 250 Br.
 Stallen 847 845 G., 852 125 Br.
 London 89 775 000 G., 90 225 000 Br.
 Paris 1 117 200 G., 1 122 800 Br.
 Schweiz 3 591 000 G., 3 609 000 Br.
 Wien 2 643 375 G., 2 656 625 Br.
 Deutsch-Oesterreich 27 930 G., 28 070 Br.
 Prag 588 525 G., 591 475 Br.
 Buenos Aires 6 483 750 G., 6 516 250 Br.

Wirtschaftszahlen vom 5. September:

1 Goldmarkt - 4 761 900 (3 095 238) Papiermarkt.
 Goldzollaufgeld 1 290 199 000 v. J.
 Goldankaufpreis 1 Tilo = 640 Dollar.
 Silberankaufpreis 800 000 fad.
 Lebensmittelindex 995 826 fad.
 Großhandelsindex 1 095 10 v. J.
 Industriestoffindex 3 002 446 fad.
 Stuttgarter Index 1 502 313 fad.

2. Kuppreis: Nichtpreise wurden nicht angegeben. Bei den steigenden Devisenkursen kommt ein Saft Mehl auf 150 Mill. M.

Stuttgarter Börse, 5. Sept. Das weitere Anziehen hatte zur Folge, daß fast auf allen Gebieten eine haussparige Stimmung herrschte. Von den Bankaktien notierten Vereinsbank 2400 höher. Von Maschinen- und Metallaktien ist Feinmechanik Futtilingen zu erwähnen, von welchen bei einem Kurs von 80 000 nur wenige Stücke am Markte waren. Bei den Aktien des Lebensmittelmarktes mußten Knorr bei einem Kurs von 15 000 und Krumm bei 10 000 rationiert werden. Auch Stuttgarter Ruder waren bei 23 500 Mark besetzt.

Amliche Bekanntmachungen.

Der Wert der Sachbezüge

wird mit Wirkung vom 3. September d. J. wie folgt festgesetzt:

- 1. für männliche Beschäftigte 1 024 000 M.
- 2. für weibliche Beschäftigte 921 600 M.
- 3. für männliche und weibliche Beschäftigte unter 16 Jahren 819 200 M.

Ragold, den 5. Sept. 1923. Verfertigungskamt: Schneider, so. Amtmann.

Bekanntmachung.

betr. die Ausführung einer Feldbereinigung auf Markung Walddorf.

Der Gemeinderat Walddorf hat den Antrag auf Ausführung einer Feldbereinigung in den Gewanden Oberes Tal, Kappgarten, Olfen, Dalkler, untere Weite, Rohlgrube, obere Weite, Hägele, breite Wärd, obere Weite, breite Weide, Widdumhalde, Gebacher Wärd, Gebach, Schwandorfer Weg, Wärdler, lange Weide, Krummweide, Heiling, Butterhülle, Wärdle, beim Gaussehaus, Weilerweg der Markung Walddorf gestellt.

Nachdem die Unternehmen von der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Abteilung für Feldbereinigung, auf Grund einer vorläufigen Prüfung als für die Landwirtschaft nützlich und im ganzen zweckmäßig für ausführbar erkannt und zur Abkündigung dem gestellten Antrag gemäß zugelassen worden ist, wird hiermit

Tagfahrt zur Abstimmung

über den vorliegenden Antrag und zur Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission auf Donnerstag, den 4. Oktober d. J., vormittags 9 Uhr anberaumt.

Hierbei werden die beteiligten Grundeigentümer bzw. deren Vertreter auf das Rathaus zu Walddorf unter Androhung des Rechtsnachteils eingeladen, daß diejenigen, welche bei der Abstimmungstagfahrt weder in Person noch durch einen seine Vertretungsbeziehung rechtmäßig nachweisenden Vertreter erscheinen, als den beantragten Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission ausgeschlossen werden und daß ein Einspruch oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen diese gesetzliche Folge des Ausbleibens nicht stat findet.

Für den Fall, daß die nach der Abstimmung eintreffende Wahl der Landwirte und ihrer Geschäftsführer für die Vollzugskommission aus irgend einem Grunde nicht zustande käme, werden die Landwirte auf Antrag des Oberamts nach vorgängiger Vernehmung des Gemeinderats von der Zentralstelle berufen.

Von dem Plan, der Beschreibung der Feldbereinigung, dem Verzeichnis der Grundeigentümer, dem allgemeinen Ueberschlag über die mutmaßlichen Kosten und dem Gebot der vorläufigen Prüfung der Zentralstelle kann bis zum Abstimmungstag jedermann auf dem Rathaus in Walddorf Einsicht nehmen.

3. gleich ergeht die öffentliche Aufforderung, etwaige noch nicht bekannte Ansprüche auf Freilassung von dem Unternehmen, oder auf Annahme an demselben, innerhalb der Ausschließungsfrist von zwei Wochen, von dem Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, beim (Stadt-) Schultheißenamt oder beim Oberamt hier geltend zu machen.

Ragold, den 4. September 1923.

Oberamt: J. B. Schneider, so. Amtmann.

Inferate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Andagerte und Handelsbörse Stuttgart, 5. Sept. Bei einem Dollarfuß von 20 Millionen verkehrte die Industrie- und Handelsbörse in fester Haltung. Baumwollgarne notierten je das Rilo Trossel, Warp und Bincoys 80-92, Nr. 30 100-102, Nr. 36 103 bis 105, Nr. 42 Bincoys 106-108, Baumwollgewebe je das Meter Gretanned 14-14½, Renforced 12-12½, Rattune oder Croisses 11-11½ M.

Neutlingen, 4. Sept. Die Fruchtstranne notierte folgende Rentenpreise in Mill. M.: Weizen (Rufuhr 42,34 Jtr.) 16-34½, Gerste (70,20 Jtr.) 14-25, Unterländer Dinkel (17,69 Jtr.) 17-21, Alber Dinkel (90,54 Jtr.) 13-20, Roggen (2,10 Jtr.) 13-20.

Nutmaßliches Wetter.

Die Wetterlage bleibt vorerst unverändert, so daß für Freitag Fortdauer des ziemlich heiteren, trockenen, tagsüber mäßig warmen, nachts kühlen Wetters zu erwarten ist.

Letzte Nachrichten.

Welchen für eine Verständigung mit Deutschland?

WZB. Paris, 5. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel liest man in der „Derniere Heure“: In politischen Kreisen besprengt man sich mit dem Gedanken, daß die belgische Regierung geneigt wäre, Verhandlungen mit den Alliierten zu veranlassen, um zu einer Verständigung mit Deutschland zu kommen.

Vom besiegten Gebiet.

WZB. Ruzel, 6. Sept. Die Besatzung „Blot“ wird von den Franzosen in eigene Hände genommen werden. Aus diesem Grunde sind bereits französische Ingenieure und Arbeiter in den letzten Tagen eingetroffen. Fast alle Beamte der Besatzung, die sich weigerten, unter französischer Besatzung zu verbleiben, wurden von den Franzosen verhaftet. Es wurde ihnen Aufweisung angedroht. Befreier befanden sich etwa 50 Beamte der Besatzung in franz. Haft.

Wider 500 Millionen von den Franzosen gehalten.

WZB. Mailand, 6. Sept. Auf dem Wege zur Reichsbankstelle wurden gestern 500 Millionen in einer Packkarte untergebracht, unnummerierte Reichsbanknoten von den Franzosen weggenommen. Die Packkarte mit dem Geld wurde zur Reserve gebracht.

WZB. Dortmund, 6. Sept. Dem zwei Millionen des Bankhauses Dunsorge wurden gestern auf dem Wege zur Diskontogesellschaft 30 Millionen, einem Boten der Darmstädter Bank und Nationalbank auf dem Wege nach Oelde 25 Millionen von den Franzosen weggenommen.

Die Belgier wählen 63 Mitglieder.

WZB. Belgien, 6. Sept. Die die „Reinlich-Reinliche Zeitung“ berichtet, erschienen belgische Reimlandbeamte gestern Vormittag bei der Stadthauptkassette und nahmen 63 826 450 000 M., die zur Auszahlung an Erwerblose und Rujarbeiter bestimmt waren, weg.

Schiffahrt nach Gedöfte.

WZB. Paris, 5. Sept. Nach einer Havasmeldung aus San Francisco berichtet ein Funktelegramm, daß Tokio am Samstag 216 Gedöfte auszuhalten hatte, von denen der längste 6 Minuten dauerte. Am Sonntag seien 57 Gedöfte zu verzeichnen gewesen.

Die Albanier.

WZB. Rom, 6. Sept. Die Agenzia Stefani erhielt ein Telegramm der albanischen Regierung aus Tirana, in dem diese erklärt, die Antwort der griechischen Regierung an den Vorschlag habe die Ehre der albanischen Nation beleidigt und die Einrästung über die griechische Verbände gesteuert. Die albanische Regierung habe entsprechende diplomatische Schritte unternommen und energisch protestiert, denn die gegen die albanische Nation gerichteten verleumderischen Unterstellungen würden schon durch die unüberlegliche Tatsache entkräftet, daß sich in ganz Süditalien keine einzige Bande befindet.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baur.

Druck von B. I. in der Buchdruckerei „Schwarzwälder“ in Calw.

Bekanntmachung.

Die mit Entrichtung der fälligen Zahlungen an Einkommensteuer, Grundsteuer, Protokollgebühren und Grundabgabe noch im Rückstand sich befindlichen Steuerpflichtigen werden an die Entrichtung bis spätestens 12. September 1923 erinnert.

Besondere Ermahnungen werden nicht ausgegeben. Nach Ablauf dieser Frist wird gegen die noch rückständigen Steuerpflichtigen ohne weitere vorherige Benachrichtigung die Zwangsversteigerung durchgesetzt.

Die gesetzlichen hohen Zuschläge oder Verzugszinsen müssen aber dennoch bezahlt werden.

Bezüglich der Umsatzsteuer wird auf die Bekanntmachung in dieser Zeitung vom 18. August hingewiesen, nach welcher diejenigen Steuerpflichtigen, deren Umsatz im Kalenderjahr 1922 mehr als 1 500 000 M. betragen hat, bis spätestens 10. September eine Anmeldung des im März erzielten Umsatzes abzugeben und die hierauf erfallende Steuer mit 2% zu entrichten haben.

Auch die Holzabgabe ist nach denselben Grundätzen wie die Umsatzsteuer allmählich anzumelden und zu bezahlen.

Bezüglich der für Juli 1923 noch rückständigen Umsatzsteuer sind bereits ab 1. September die Zuschläge nach dem Steuerzinsgesetz verfallen. Diese betragen für jeden halben Monat der Verzögerung 40% des rückständigen Betrages.

Es ist im Interesse jedes einzelnen Steuerpflichtigen gelegen, die Steuerzahlungen auf die festgesetzten Termine zu leisten, um sich die hohen Zuschläge zu ersparen.

Die Ortsvorsteher werden ersucht, dies in örtlicher Weise bekannt zu machen.

Altensteig, den 5. September 1923.

Finanzamt:

Guberich, Regierungskrat.

Sucht kleines

Anwesen

möglichst mit Garten auf dem Lande zu kaufen. Gest. Angebote unter B. 3 an die Weinsberger Zeitung Weinsberg.

Neuen

Regulier-Kochöfen

2stüdig, in 3 Kochöfen geg.

Brennholz

zu tauschen gesucht.

Karl Gensler sen. Eisenhandlung, Altensteig.

Gut erhaltenes

Damenrad

zu verkaufen

M. Hamann Eitmannswälder b. Konrad Großmann.

Tiroler Kranthöbel



Gurkenhöbel

Kettighöbel Kettigschneider empfiehlt:



Pfalzgrafenweiler.

Am nächsten Freitag, den 7. September d. J. verkauft die Gemeinde einen

Schlachtfarren



und aus dem Gemindewald „Schwende“ ca. 60 Festmeter Langholz

je im schiedlichen Kuffreich. Angebote sind um 3 Uhr im Rathaus abzugeben.

Das

Organisationssteuerbuch

ist für jeden Steuerpflichtigen eine vorzügliche Grundlage.

Für Landwirte und Gewerbetreibende besondere Ausgaben!

Einzusehen und zu beziehen durch die W. Kieker'sche Buchhandl., Altensteig.

Kaufe jedes Quantum Heu, Stroh, Hafer u. Brotgetreide

stets zum jetzigen Tagespreis Chr. Herter, Ebhausen Telefon Nr. 17.



Familien-Kalender

für 1924

sind zu haben in der W. Kieker'schen Buchhandlung Altensteig.

